

Landtagswahl 2019

Unser Programm für Vorarlberg.

Teil 2

Wieder mehr

Sicherheit

für Vorarlberger.

„In den letzten Jahren ist das Sicherheitsgefühl der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger zum Teil massiv gesunken. Für uns ist klar: Wir dürfen diese Probleme nicht schönreden. Es ist Aufgabe der Politik, diesen Entwicklungen entgegenzutreten und durch konkrete Maßnahmen alles daran zu setzen, dass sich die Menschen bei uns im Land wieder sicher fühlen können.“

Sicherheit und Schutz bedeutet für uns:

- **Volle Unterstützung für Polizei und Bundesheer.**
Wir müssen sicherstellen, dass wir funktionierende Sicherheitsstrukturen im Land haben.
- **Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.**
Wir sehen es als Aufgabe der Politik, das Sicherheitsgefühl an öffentlichen Plätzen und in Gebäuden wieder zu erhöhen.
- **Wir entscheiden, wer zu uns kommt.**
Wir müssen die illegale Zuwanderung stoppen und wieder selbst bestimmen, wer in unser Land kommen darf.
- **Unsere Werte schützen und bewahren.**
Damit wir uns nicht bald fremd im eigenen Land fühlen.

Inhalt.

05 Beste Unterstützung für unsere Polizei.

Mehr Polizisten für Vorarlberg.
Moderne Ausrüstung für Polizisten.
Keine Schließung von Polizeiposten.

06 Klares Bekenntnis zu unserem Bundesheer.

Bundesheerstrukturen im Land erhalten.
Moderne Gerätschaft und Ausrüstung sicherstellen.

07 Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.

Polizeipräsenz an Brennpunkten verstärken.
Sicherheit in öffentlichen Gebäuden verbessern.
Ausländischen Bettlerbanden das Handwerk legen.
Drogenhandel rigoros bekämpfen.

09 Einsatz für den Selbstschutz.

Förderung von Alarmanlagen einführen.
Selbstverteidigungskurse verstärken.

10 Ehrenamt und Freiwilligenarbeit stärken.

Unsere Helfer bestmöglich unterstützen.
Ehrenamtsbonus für Betriebe.

11 Unkontrollierte Zuwanderung stoppen.

Klare Trennung zwischen Asyl und Zuwanderung.
Kriminelle rasch außer Landes bringen.

12 Unsere Werte schützen und bewahren.

Integration in unsere Werteordnung.
Null Toleranz gegenüber politischem Islam.
Kein Ausländerwahlrecht.



Beste Unterstützung für unsere Polizei.

„Wir dürfen unsere Polizeikräfte nicht alleine lassen.“

Wir stehen zu 100 Prozent hinter unseren Polizisten, die täglich unter immer schwierigeren Rahmenbedingungen und zunehmenden Belastungen für die Sicherheit der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger im Einsatz sind.

Mehr Polizisten für Vorarlberg.

Um bestmögliche Voraussetzungen zu schaffen, damit die Polizei ihren gesetzlichen Auftrag im Kampf gegen die Kriminalität erfüllen kann, brauchen wir mehr Polizisten in Vorarlberg. Seit Jahren fordern wir eine echte Personaloffensive für die Polizei in Vorarlberg, weil der Personalbedarf gerade in den kommenden Jahren durch anstehende Pensionierungen weiter steigen wird. Unter freiheitlicher Ressortverantwortung wurde auf Bundesebene endlich eine Trendwende eingeläutet und eine große Rekrutierungs- und Ausbildungsinitiative gestartet. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden. Ziel muss es zum einen sein, die bereits vorhandenen Planstellen auch tatsächlich zu besetzen. Zum anderen muss die Anzahl der Planstellen ausgebaut werden.

Um die Rahmenbedingungen für die Exekutivkräfte bei uns im Land zu verbessern, müssen wir für eine gerechte Bezahlung sorgen. Zudem müssen wir unseren Polizisten moderne Ausrüstung zur Verfügung stellen.

Keine Postenschließungen zulassen.

Funktionierende Polizeistrukturen in den Tälern und Regionen unseres Landes sind für uns ein maßgeblicher Eckpfeiler einer verantwortungsvollen Sicherheitspolitik. In der Vergangenheit war Vorarlberg immer wieder von Postenschließungen betroffen. Für uns ist klar: Regionale Polizeistrukturen sind zu erhalten und dürfen nicht dem Sparstift geopfert werden.

Unsere Maßnahmen:

- Mehr Polizisten für Vorarlberg
- Beste Ausrüstung für unsere Exekutivkräfte
- Angemessene Bezahlung sicherstellen
- Keine Schließung von Polizeiposten

Klares Bekenntnis zu unserem Bundesheer.

„Unsere Soldaten sind verlässliche Partner und verdienen unsere volle Unterstützung.“

Die Bevölkerung hat mit ihrem klaren Ja zur Wehrpflicht auch ein unmissverständliches Zeichen für den Erhalt des österreichischen Bundesheeres gesetzt. Dieses Ja ist somit ein deutlicher Auftrag an die Politik, das Bundesheer als wichtige Säule unserer Sicherheitslandschaft zu stärken.

Strukturen vor Ort sichern.

Gerade in einem alpin geprägten Bundesland wie Vorarlberg ist das Bundesheer ein verlässlicher Partner, wenn es darum geht, bei außergewöhnlichen Naturereignissen rasch Hilfe zu leisten. Dazu müssen allerdings die Strukturen im Land langfristig gesichert sein.

Moderne Ausrüstung bereitstellen.

Mit dem Jägerbataillon 23 in der Walgaukaserne und den Pionieren im Militärkommando verfügt Vorarlberg über eine zufriedenstellende Truppenstärke. Es gilt allerdings die in die Jahre gekommene Ausrüstung kontinuierlich zu modernisieren und die Infrastruktur zu sanieren.

Präsenzdienst im Land ermöglichen.

Mit einer entsprechenden Bundesheer-Struktur in Vorarlberg kann auch sichergestellt werden, dass ein Großteil der Rekruten ihren Grundwehrdienst wohnortnah im Land ableisten können. Das sichert nicht nur im Einsatzfall eine entsprechende Mannstärke vor Ort, sondern gewährleistet unter anderem auch, dass diese Rekruten weiterhin im Heimatort als ehrenamtliche Helfer zur Verfügung stehen.

Mehr Finanzmittel für unser Heer.

Der jahrelange Sparkurs und die damit einhergehende Demontage des Bundesheers haben ihre Spuren hinterlassen. Um hier die unter freiheitlicher Regierungsbeteiligung eingeleitete Wende auch effektiv fortsetzen zu können, braucht es eine nachhaltige Budgetausstattung für das Bundesheer. Nur so kann die notwendige Infrastruktur sowie eine moderne Gerätschaft auch sichergestellt werden.

Unsere Maßnahmen:

- Bundesheer-Strukturen sichern
- Ausrüstung modernisieren
- Grundwehrdiener im Land ausbilden
- Nachhaltige Budgetausstattung gewährleisten



Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.

„Wir müssen alles tun, damit sich die Vorarlberger wieder sicherer fühlen.“

Schutz in öffentlichen Gebäuden ausbauen.

Wir sehen es als Aufgabe der Politik, vor allem in öffentlichen Gebäuden bestmöglich für die Sicherheit der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger zu sorgen. Aber gerade in Amtsgebäuden und auch in den Spitälern in Vorarlberg müssen wir einen deutlichen Anstieg an

gewalttätigen Übergriffen feststellen. Und obwohl wir hier schon seit Langem Verbesserungen einfordern, werden die Probleme von der Landesregierung nur schöngeredet. Reagiert wird oft erst, wenn es schon zu spät ist.

So gibt es in unseren Landeskrankenhäusern bis heute keine durchgängigen Sicherheitsstrukturen. Wir sagen: Wir müssen die Patienten und die Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter in unseren Spitälern endlich entsprechend schützen. Übergriffe, aber auch die zunehmende Nichteinhaltung der Hausordnung durch manche Krankenhausbesucher haben in unseren Spitälern nichts zu suchen. Dafür braucht es mehr Sicherheitspersonal an den Vorarlberger Spitälern.

Brennpunkte besser kontrollieren.

Besonders auf stark frequentierten Plätzen, Bahnhöfen, aber bereits auch in öffentlichen Verkehrsmitteln häufen sich Konfliktsituationen und Gewalttätigkeiten. Speziell Frauen haben mittlerweile oft Angst und fühlen sich unsicher an diesen Orten. Wir sagen: Wir wollen in einem Land leben, in dem sich Frauen nicht fürchten müssen, wenn sie am Abend alleine unterwegs sind.

Es muss daher das Ziel sein, an Brennpunkten für mehr Schutz zu sorgen und die Anwesenheit von Polizei und Sicherheitspersonal zu erhöhen. Zudem wollen wir die Videoüberwachung an diesen kritischen Orten ausbauen.

Volle Härte gegen Drogendealer.

An solchen „Hotspots“ kommt es auch immer wieder zu Delikten, die sich im Suchtmittelbereich abspielen. Drogen, ob legal oder illegal, stellen eine große Gefahr für unsere Gesellschaft und speziell für unsere Jugendlichen dar.

Es braucht daher eine konsequente Bekämpfung des Drogenhandels. Für uns bedeutet eine verantwortungsvolle Drogenpolitik: Volle Härte bei der Bestrafung von Drogendealern, kontinuierliche Präventionsarbeit in den Schulen und Hilfe für Drogenkranke.

Ausländischen Bettlerbanden das Handwerk legen.

In den letzten Jahren prägen Bettler mehr und mehr das Straßenbild in den größeren Gemeinden und den Städten des Landes. Der Unmut darüber ist innerhalb der Bevölkerung, der Gäste und auch der Wirtschaftstreibenden völlig zu Recht sehr groß.



Für uns ist klar, dass in Vorarlberg kein Platz für arbeitsunwillige und organisierte Bettlerbanden ist. Es braucht Maßnahmen, die einer Verfestigung der aktuell herrschenden Situation entgegenwirken und keine Maßnahmen, die Vorarlberg attraktiv für Bettler machen.

Unsere Maßnahmen:

- Mehr Schutz in öffentlichen Gebäuden
- Mehr Sicherheitskräfte an kritischen Orten
- Ausbau der Videoüberwachung an Brennpunkten
- Konsequente Bekämpfung des organisierten Bettelns
- Volle Härte gegen Drogenhändler



Einsatz für den Selbstschutz.

„Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger sollen sich zu Hause wieder sicher fühlen können.“

Wir wollen nicht nur mehr Sicherheit im öffentlichen Raum schaffen, sondern wir sehen auch im Einsatz für den Selbstschutz im privaten Bereich Möglichkeiten, um die Sicherheit zu erhöhen.

Besonders im Bereich der Haus- und Wohnungseinbrüche ist es in den letzten Jahren zu einem dramatischen Anstieg der Fälle gekommen. So hat sich die Anzahl der Einbruchsdiebstähle in Wohnräume von 180 im Jahr 2016 auf 315 im Jahr 2018 erhöht. Das ergibt eine dramatische Steigerung von über 60 Prozent.

Ein Einbruch in die eigenen vier Wände ist für die Betroffenen ein großer Schock. Die Verletzung der Privatsphäre sorgt für den Verlust des häuslichen Sicherheitsgefühls und kann auch Auslöser für schwerwiegende psychische Folgen sein.

Förderung von Alarmanlagen.

Neben der verstärkten Präsenz der Polizei und der Sensibilisierung der Bevölkerung im Bereich der Einbruchsprävention spielen auch Alarmanlagen eine wichtige Rolle beim Schutz vor Einbrüchen. Alarmanlagen haben ein hohes Abschreckungspotenzial und tragen ganz maßgeblich zur Steigerung eines sicheren Zuhauses bei.

Leider sind Alarmanlagen aber nicht für jedermann leistbar. Deshalb gibt es in einzelnen Bundesländern bereits Förderinstrumente, die den Einbau von Alarmanlagen finanziell unterstützen. Wir wollen den fachgerechten Einbau einer Alarmanlage in ein Eigenheim, in eine Eigentums- oder eine Mietwohnung durch einen Direktzuschuss nach Vorbild des Landes Oberösterreich auch in Vorarlberg fördern.

Selbstverteidigungskurse an Schulen.

Vor allem Mädchen und Frauen sind immer öfter mit Belästigungen und gewalttätigen Angriffen konfrontiert. Fähigkeiten in der Selbstverteidigung sind hier in vielen Fällen gefragt, werden aber nur von wenigen beherrscht.

Deshalb wollen wir bereits in der Schule ein Angebot für Selbstverteidigungskurse sicherstellen. Für uns bietet sich die Schule als Ort der Bildung und des Erwachsenwerdens idealerweise an, um über den Weg von Selbstverteidigungskursen erste Maßnahmen und Grundlagen für die Selbstverteidigung junger Frauen zu setzen.

Unsere Maßnahmen:

- Einbau von Alarmanlagen fördern
- Selbstverteidigungskurse an Schulen

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit stärken.

„Die vielen ehrenamtlichen Helfer leisten für unsere Sicherheit einen ganz wesentlichen Beitrag.“

Wir leben in einem Land, das sehr stark von Ehrenamt und Freiwilligenarbeit geprägt ist. In Vorarlberg sind über 50 Prozent der Menschen ehrenamtlich tätig. Diese freiwilligen Helfer leisten einen unverzichtbaren und unbezahlbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Dieses Sozialkapital ist ein „Schatz“, den wir pflegen und fördern müssen.

Unsere Helfer bestmöglich unterstützen.

Für unsere Sicherheit sind vor allem unsere Hilfs- und Rettungsorganisationen wie Feuerwehr, Berg- und Wasserrettung oder Rotes Kreuz im Einsatz. Bei Bränden, Unfällen und Katastrophen kommen sie in unserem Land schnell zur Hilfe.

Neben der notwendigen Wertschätzung gegenüber der Freiwilligenarbeit und dem Ehrenamt braucht es auch das klare Bekenntnis zur bestmöglichen Unterstützung dieser wichtigen Hilfsorganisationen. Notwendige Infrastrukturprojekte stellen die Basis für eine erfolgreiche Arbeit unserer Helfer dar und müssen daher entsprechend unterstützt werden.

Aufnahme in den Landes- und Gemeindedienst fördern.

Die freiwilligen Helfer in Hilfs- und Rettungsorganisationen unterstützen mit ihrer Tätigkeit Aufgaben der öffentlichen Hand, die diese in diesem Umfang nicht erbringen könnte. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, diese wertvolle Tätigkeit für unser Land auch entsprechend zu fördern. Wir bekennen uns zur Förderung der Aufnahme von Ehrenamtlichen in den Landes- und Gemeindedienst.

Ehrenamtsbonus für Betriebe, die freiwillige Helfer beschäftigen.

Wichtige Partner bei der Sicherung ehrenamtlicher Tätigkeiten im Dienste der Allgemeinheit sind unsere Betriebe, die hinter den Einsätzen ihrer Mitarbeiter stehen. Wir wollen daher, dass Betrieben, die freiwillige Helfer beschäftigen, eine spezielle Förderung gewährt wird.



Unsere Maßnahmen:

- Beste Infrastruktur für unsere Helfer sicherstellen
- Aufnahme in den Landes- und Gemeindedienst fördern
- Förderungen für Betriebe, die freiwillige Helfer beschäftigen

Unkontrollierte Zuwanderung stoppen.

„Wir müssen selbst entscheiden, wer zu uns kommen darf.“

Das Gefühl echter Sicherheit der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger hat sich seit dem Flüchtlingsansturm des Jahres 2015 ganz wesentlich verschlechtert, als aufgrund des Versagens des politischen Systems unkontrolliert Menschen zu uns ins Land gekommen sind. Sie sind dabei oft unter dem Deckmantel des Asyls zu uns gekommen, obwohl sie in Wahrheit nicht auf der Suche nach Schutz, sondern nach einem besseren Leben waren.

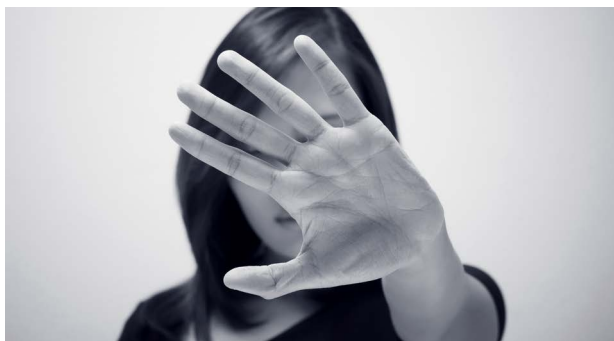
Das ist zwar menschlich nachvollziehbar. Tatsache ist aber, dass diese Situation nicht nur zu einer Überforderung unserer Sozialsysteme, sondern auch zur Verschlechterung der Sicherheit in vielen Bereichen geführt hat. So sind bei uns in Vorarlberg etwa strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung seit dem Jahr 2015 um über 60 Prozent angestiegen. Im Jahr 2018 hat der Anteil ausländischer

Tatverdächtiger mit 6.158 Personen einen noch nie dagewesenen Höchststand erreicht. Bereits über 40 Prozent aller Tatverdächtigen sind Nicht-Österreicher.

Um die Sicherheit wieder zu verbessern, ist es deshalb notwendig, die unkontrollierte Zuwanderung in unser Land zu stoppen. Wir müssen ganz klar zwischen Zuwanderung und Asyl trennen und es muss klar sein, dass wir selbst entscheiden, wer zu uns kommen darf. Dabei sagen wird: Zuwanderung kann nur erfolgen, wenn es im Interesse des Landes und der Bürger ist. Zudem kann es nicht sein, dass Personen zu uns kommen, die unseren Schutz wollen und wir uns dann schlussendlich vor diesen schützen müssen.

Kriminelle rasch außer Landes bringen.

Wer unser Gast- und Asylrecht missbraucht und kriminelle Handlungen setzt, der hat in unserem Land nichts zu suchen. Für uns ist klar: Wir müssen unsere Bevölkerung schützen und die Kriminellen rasch außer Landes bringen.



Unsere Maßnahmen:

- Illegale Zuwanderung stoppen
- Klare Trennung zwischen Asyl und Zuwanderung
- Kriminelle Asylwerber rasch außer Landes bringen



Unsere Werte schützen und bewahren.

*„Wer bei uns leben will, hat sich nach uns zu richten.
Nicht umgekehrt.“*

Wir sind stolz auf Vorarlberg. Und das soll auch in Zukunft so bleiben. Für uns ist klar: Wir müssen unsere Werte und Traditionen schützen und bewahren. Wir dürfen als Vorarlbergerinnen und Vorarlberger vorgeben, was Platz in unserer Gesellschaft hat und was nicht. Und das müssen wir auch selbstbewusst leben. Damit Vorarlberg unser Vorarlberg bleibt und wir uns nicht bald fremd im eigenen Land fühlen.

Mit der falschen Toleranz in der Integrationspolitik muss endlich Schluss gemacht werden bei uns im Land. Jenen, die zu uns zuwandern wollen, muss von Anfang an klargemacht werden: Wer bei uns leben will, hat sich nach uns zu richten und nicht umgekehrt. Wir treffen uns nicht in einer neutralen Mitte und unsere Werte und Regeln sind nicht verhandelbar. Integration hat in unsere Werteordnung zu erfolgen.

Damit Menschen eine Bleibeperspektive in unserem Land haben, müssen sie

- die deutsche Sprache lernen,
- sich an unsere Gesetze halten,
- sich in den Arbeitsmarkt eingliedern,
- mit uns leben wollen statt gegen uns.

Null Toleranz gegenüber dem politischen Islam.

Der politische Islam ist eine Kombination aus religiösem Fundamentalismus und politischem Extremismus und als solcher Nährboden für Gewalt und Terrorismus. Er hat das Ziel, unsere Werte und Lebensweisen zu untergraben und Parallelgesellschaften aufzubauen. Die Aufgabe der Politik ist es, diese radikalen Entwicklungen bei uns im Land mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Wir wollen, dass Predigten in Moscheen in deutscher Sprache abgehalten werden müssen. Zudem darf es keine Förderungen aus Steuergeld an radikal-islamistische Vereine geben.

Wir wollen auch das Kopftuchverbot an unseren Schulen ausweiten. Ein Kopftuchverbot soll künftig für alle Lehrerinnen und für Mädchen in der Unterstufe gelten.



Staatsbürgerschaft als Schlusspunkt gelungener Integration.

Die Staatsbürgerschaft ist das höchste Gut, welches ein Staat einer Person verleihen kann. Erst am Ende einer gelungenen Integration soll die Einbürgerung stehen. Die Verleihung soll ein verbindliches Bekenntnis zu den

Gesetzen und Werten unseres Rechtsstaates voraussetzen. Eine straffreie Vergangenheit und ausreichende Deutschkenntnisse sind Voraussetzungen für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Kürzung von Sozialleistungen für Integrationsverweigerer.

Für uns ist klar: Solche, die sich der Integration verweigern, dürfen dafür nicht noch belohnt werden. Wir wollen deshalb, dass jenen, die schon länger bei uns im Land sind, sich aber der Integration verweigern, die Sozialleistungen gekürzt werden.

Für jene, die neu zu uns kommen wollen, soll der Zugang zu Sozialleistungen an die Integrationsleistung geknüpft werden. Zuerst muss ein Beitrag bei uns im Land geleistet werden, bevor man volle Sozialleistungen bekommt.

Kein Ausländerwahlrecht einführen.

Die Staatsbürgerschaft muss auch die Grundvoraussetzung dafür bleiben, um im demokratischen System mitbestimmen zu können. Wir sprechen uns ganz klar gegen jede Form des Ausländerwahlrechts aus.

Unsere Maßnahmen:

- Kriminelle Asylwerber rasch außer Landes bringen
- Predigten in Moscheen in deutscher Sprache
- Rigorose Kontrollen islamistischer Moscheen
- Kopftuchverbot an unseren Schulen ausweiten
- Kürzung von Sozialleistungen für Integrationsverweigerer
- Kein Ausländerwahlrecht einführen

